

Der Bodanrück zu Beginn der badischen Volkserhebungen

Verfolgtenschicksale aus dem Hegau und aus dem Linzgau

Von Alfred Diesbach, Konstanz

Wer die fast 4500 Seiten der drei Jahrgänge 1847, 1848 und 1849 des „Großherzoglich Badischen Anzeigeblasses für den Seekreis“ durchliest, ist erschüttert über die hohe Anzahl der hier angekündigten Zwangsvollstreckungen. Keine Gemeinde bleibt verschont; und oft hat man den Eindruck, es kämen ganze Dörfer unter den Hammer.

Gerade für die dörfliche Welt war die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts reich an Unglücksjahren. Geringe Getreide-Ernten, Zerstörung der Kartoffel-Ernte durch Fäulniserreger, in Weingegenden geringe Herbste, Krankheiten im Stall und Hagelkatastrophen kennzeichnen jene Jahre. Es gab nur wenige Bauern, die nicht schwer verschuldet waren. Einen geregelten und unter Aufsicht stehenden Kapitalmarkt gab es für die Bauern noch nicht; und so waren sie sehr oft der Willkür und der Härte privater Geldgeber ausgesetzt.

Die Folgen der bäuerlichen Verelendung waren Bitternis und Groll, Haß und Empörung. Irgendwann mußte all das, was sich angesammelt hatte, zum Ausbruch kommen. Noch war keine taktische Gemeinsamkeit gefunden, noch hatte keiner, wie im Bauernkrieg, „Artikel“ geschrieben und noch sah man weder Symbole des Kampfes, noch irgendwelche Anführer. Da kam die Kunde von der Französischen Februarrevolution über den Rhein. Kein Ereignis auswärtiger Politik hat im 19. Jahrhundert ganz Deutschland — vor allem aber das Grenzland Baden — so erregt wie die Beseitigung der französischen Monarchie und die Schaffung der zweiten französischen Republik.

Der Bundestag war fassungslos, die Landesregierungen machten Konzessionen, in den Städten fanden sich die Bürger in großen Versammlungen zusammen . . . aber die Bauern des Odenwaldes, des Baulandes, des Kraichgaus und des Neckartales handelten!

Sie stürmten die Schlösser und Rentämter der Grund- und Standesherrn, sie verbrannten Schuldenbücher und Steuerakten, sie bedrohten jedweden, dem sie in irgendeiner Form verpflichtet waren. In vielen Orten konzentrierte sich die bäuerliche Wut vor allem gegen die Juden. Nicht aus antisemitischen Gründen, wenn das auch da und dort untergründig dabei gewesen sein mag, sondern vor allem, weil die Juden vielfach die Gläubiger der rettungslos verschuldeten Bauern waren.

Und so sah die zeitgenössische Presse die bäuerliche Revolte:

Bericht der „*Karlsruher Zeitung*“ vom 7. März 1848:

Bruchsal: Heute sieht man ganze Karawanen aus dem benachbarten Städtchen *Heidelsheim* hier einziehen: es sind Israeliten welche sich und ihre Habe flüchten. Gestern abend haben nämlich beklagenswerte Exzesse gegen die Juden in *Heidelsheim* stattgefunden, indem man dreizehn Häuser stürmte, die Wände und Fenster einschlug, die Möbel und Öfen auf die Straße warf, die Waren der Handelsleute auf der Straße umherstreute, kurz, vom Keller bis zum Dache die Häuser umwendete. Nachts um 10 Uhr ging in aller Eile eine Schwadron Dragoner dahin ab, durch deren Erscheinen auch augenblicklich die Ruhe hergestellt und die weiteren vier Haushaltungen, welche noch auf der Proskriptionsliste standen, geschützt wurden.

Der Konstanzer „*Tagesherold*“ veröffentlicht am 15. März 1848 diesen sehr kennzeichnenden Bericht:

Gerlachsheim, 8. März: In hiesiger Gegend geht es rasend zu. — In den Ämtern Boxberg, Adelsheim und Buchen ist förmliche Revolution ausgebrochen. Wenigstens 800 Bauern haben sich zusammengerottet. — Gestern und vorgestern haben die Ruhestörer sämtliche Papiere der Rentämter Boxberg, Schüpf und Adelsheim verbrannt. Die Wohnung des Rentamtmanne zu Boxberg ist total demoliert. Nicht ein Nagel blieb unverletzt. Möbel, Spiegel, Betten, kurz, alles wurde zusammengeschlagen und im Freien mit den Papieren verbrannt. Der Rentbeamte konnte nur sein Leben retten und mußte flüchtig gehen, weil beschlossen war, ihn in vier Stücke zu zerreißen. Die Empörer führen eine Fahne mit sich, welche auf der einen Seite die badische Hausfarbe auf der andern Seite die Worte „Hoch lebe der Grossherzog“ enthält. Die Rotte wird durch einen Anführer zu Pferd geleitet. Ihr Angriff geht nur gegen die Rentämter und die Juden. Zu Schüpf wurden letztere förmlich geplündert. Ihre bedeutenden Weinvorräte ließ man springen, nachdem man sich satt getrunken hatte. Die Rentamtsspeicher sind geleert. Die Früchte wurden gewissenhaft geteilt. Die Bande führt ein gutes Musikchor mit. Der Rentbeamte zu Bischofsheim hat sich geflüchtet. Zu Niederstetten stellten die Bauern ein Freudenfeuer mit den Akten des Fürsten Solm an.

Dutzende solcher Berichte gingen durch die Presse, vor allem auch durch die „*Seebblätter*“, den „*Tagesherold*“ und die „*Konstanzer Zeitung*“. Sie wurden insbesondere in den ländlichen Gegenden mit großem Interesse gelesen und leidenschaftlich diskutiert. (Siehe Gideon Spicker „*Vom Kloster ins akademische Lehramt*“, Seite 86).

Nach all dem, was an amtlichen Berichten vorliegt, muß angenommen werden, daß auch hier, auf dem Bodanrück, auf der Höri und auf der Insel Reichenau, vielfach erörtert wurde, ob man nicht dem Beispiel der nordbadischen Bauern folgen solle und ob man nicht auch hier mit dem Sturm auf Schlösser und Rentämter, mit Brand und Vernichtung von Schuldscheinen den Forderungen der verarmten und verschuldeten Bauernschaft unübersehbaren Nachdruck verleihen solle.

Daß Gefahr im Verzug war, daß es brodelte und gärte und daß auch im Seekreis die empörten und geschundenen Bauern sich rüsteten, erhellt nicht zuletzt aus dem Aufruf „*Bürger des Seekreises*“ vom 13. März 1848. Dort mahnten liberale und radikale Politiker aus der Donaueschinger Gegend:

„... In vielen Versammlungen und Petitionen fordert das Volk seine heiligen und unveräußerlichen Rechte. Wenn dies für den Vaterlandsfreund eine erfreuliche Erscheinung ist, *um so betäubender sind die brutalen Gewalttätigkeiten, welche in einzelnen Teilen des Landes verübt wurden.*

So glaubten die Odenwälder den Morgen der Freiheit durch die abscheulichsten Greuelszenen, durch Morden, Plündern, Sengen und Brennen am besten verherrlichen zu können.

Solcher Schändlichkeiten und Verbrechen mögen sich Sklaven und Knechte schuldig machen. Der freien Männer sind sie unwürdig, und sie werden auch nicht mit Verbrechen beginnen, um eine vernünftige Staatsordnung zu gründen.

Bürger des Seekreises! Es liegt im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, es liegt im Interesse der großen Sache, daß wir gerade zum Schutze dieser heiligen Güter nicht nur *jede Gewalthandlung unterlassen*, sondern

vereint alle Kräfte aufwenden, um das Leben und Eigentum *aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes, Ranges und der Religion zu verteidigen.*“

Fast um dieselbe Zeit wurde hier im Süden des Landes ein „Öffentlicher Aufruf“ bekannt, der von Dr. Friedrich Hecker, von Helmreich, von Itzstein, Karl Mathy, Friedrich Bassermann, von Soiron, L. Weller und W. Sachs unterzeichnet worden war. (Der Tagesherold, Nr. 73 vom 13. März 48)

Im Pathos der Zeit heißt es da:

„Mit tiefem Schmerze, welchen alle wahren Freunde der Volksfreiheit und des Vaterlandes teilen, vernehmen wir die Nachricht, daß die Tage, welche die Herzen aller wackeren Bürger mit hehrer Begeisterung erfüllen, die Tage, welche unser ganzes Volk erlösen sollen von dem Drucke und der Knechtschaft von Jahrzehnten, ja von Jahrhunderten, entweiht werden wollten durch blinde Zerstörungswut und Gefährdung der Personen und des Eigentums unserer Mitbürger mosaischen Glaubens, daß das leuchtende Panier der Freiheit besudelt werden will durch schmäbliche Exzesse . . .“

Wie eng im Raume des Historischen die Dinge sein können, beweist gerade dieses Schreiben. Demonstrativ stehen hier die Namen Friedrich Hecker und Karl Mathy noch nebeneinander. Gemeinsam rufen sie das badische Volk auf, die friedliche Entwicklung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht durch Unbesonnenheiten und Exzesse zu stören. Vier Wochen später sind sie Todfeinde. Karl Mathy verhaftet am 8. April auf dem Bahnhofe zu Karlsruhe den Konstanzer Redakteur und Agitator Josef Fickler und löst damit die erste badische Volkserhebung aus, jene Erhebung, die von Konstanz ausgegangen ist und die an ihrer Spitze Friedrich Hecker sieht.

Das Alibi spielt in der Politik und in der Psychologie eine bedeutsame Rolle. Es kann einen Tatbestand — einen faktischen und einen psychischen — eindeutig klären oder völlig undurchsichtig machen. Vor die Frage „Aufklärung oder Verdeckung“ sind wir gestellt, wenn wir die Proklamationen der Herren Bürgermeister Hüetlin, Amtmann Fieser und Regierungsdirektor Peter lesen. Schon am 10. März 1848 erklärt der Konstanzer Bürgermeister in einer „Bekanntmachung“:

„Die Sicherheit der Personen und des Eigentums ist in unserer Stadt bisher nicht im mindesten gestört worden.

Die Fortdauer dieses Zustandes öffentlicher Sicherheit ist verbürgt durch den festen und gesetzlichen Sinn der Bürgerschaft und einer wohlorganisierten freiwilligen Bürgerwache.

Wir machen dieses zur Beruhigung der verehrlichen Einwohnerschaft bekannt, und laden alle diejenigen ein, welche sich diesem öffentlichen Dienste anschließen wollen, solches zu beliebiger Zeit dahier anzuzeigen.“

Diesen wohlmeinenden und sicher nicht ohne politische Absicht vorgetragenen Worten schließt sich am 13. März 1848 Amtmann Fieser, der Leiter des Grossh. Bad. Bezirksamtes zu Konstanz, an. Auch bei diesen Worten lohnt es sich sehr, zwischen den Zeilen zu lesen, auch wenn sie noch so milde und bravväterlich klingen:

„In den Tagen der *jetzigen Aufregung* sind weder in der Stadt Konstanz noch in den Landbezirken die geringsten Exzesse vorgefallen, und die Bürger und Bewohner der Stadt und des Landbezirks haben durch ihre feste und sonnene Haltung bewiesen, welche kräftige Wurzeln die Achtung vor dem Gesetze bei ihnen geschlagen und daß sie wirklich von wahrer Rechtsachtung beseelt sind.

Wir halten uns daher verpflichtet, den Gemeindevorständen, den Bürgern und Bewohnern des Amtsbezirks freudig unsere volle Anerkennung für diese schöne Haltung auszusprechen und geben uns der Hoffnung hin, daß auch ferner die Bewohner des Amtsbezirks den Ruhm bewahren werden, daß Rechtsverletzungen in ihrer Mitte stets zu den seltenen Vorkommnissen gehören.“

Obwohl im Seekreis angeblich alles in bester Ordnung war, an keinerlei Exzesse gedacht werden konnte und überhaupt niemand so recht eine Revolution und die Republik wollte, sandte die Grossh. Bad. Regierung die Abgeordneten *Straub*, *Mathy* und *Peter* in den Seekreis. Obervogt Peter, der Mann, der wegen seiner liberalen Gesinnung und wegen seines Mutes, gegen die Regierung zu opponieren, strafversetzt und durch Urlaubsverweigerung von den Sitzungen des Landtags ausgeschlossen worden war, wurde durch eine Art Blitzentscheidung Chef der Seekreisregierung.

So viel Interesse am Seekreis und so viel Wohlwollen von allerhöchster Stelle, das mußte schon sehr triftige Gründe haben!

Herr Regierungsdirektor Peter — vor der allgemeinen Titelinflation war das sehr viel! — enttäuschte seinen lieben Landesvater (zunächst) auch nicht und wandte sich sofort mit warmherzigen Worten an seine „Verehrten lieben Mitbürger“.

„... Der Staatsbeamte vermag mit Segen nicht zu wirken, ohne den Beistand der öffentlichen Meinung, ohne das Vertrauen der Bürger. Darum hat der Grossherzog Euch einen Volksfreund gesendet. Ja, einen Freund der Volksrechte darf ich mich nennen. . . Die große friedliche *Umwälzung*, die unter unsern Augen vor sich geht, Ihr werdet nicht dulden, daß man sie irgend durch Gewalttat, durch Handlungen schände, die eines freien Mannes, die eines braven Bürgers unwürdig wären . . .

Es lebe die Freiheit, es lebe die Ordnung und Gesetz!“

Mit Peter und Straub war Karl Mathy in den Seekreis und an den Bodensee gekommen. Karl Mathy: der Abgeordnete von Konstanz, der Mann, der wie kaum einer alle Bitternisse und Demütigungen der Emigration kennen gelernt hatte, ein Mann von beängstigender Intelligenz und fast dämonischer Großartigkeit, lange der profilierteste Sprecher der liberalen Opposition im badischen Landtag, protegiert von Josef Fickler und lange mit ihm befreundet, der Mann, der urplötzlich zum erbittertsten Gegner der Radikalen und der Republikaner wurde, der Mann, in dem sich das Schicksal seines Landes und seiner Zeit konzentrierte.

Der Bericht, den Karl Mathy nach dem Besuche des Seekreises und vor allem der Seegegend der Regierung erstattete, ist schon mehr als patriotische Lyrik und vaterländisches Pathos.

Es lohnt sich sehr, die Worte Karl Mathys in Ruhe und mit voller Konzentration zu lesen und sie mit der Nüchternheit und der politischen Bedeutung aufzufassen, mit der sie seinerzeit geschrieben worden sind. Sie sagen sachlich schon ein bißchen mehr aus als die doch sehr unverbindlichen Deklamationen der Herren Huetlin, Fieser und Peter.

Mathy schrieb:

„Unsere Aufgabe erkannten wir hauptsächlich darin, über den Gang der Regierung und der Stände, über alles, was in Beziehung auf die gerechten Forderungen des Volkes bereits geschehen und was in nächster Aussicht stehe, die Wahrheit mitzuteilen, auf der andern Seite auch über die *Vorgänge im*

Seekreis, die Haltung und Stimmung seiner Bewohner, die Wahrheit an Ort und Stelle zu ermitteln und bekannt zu machen.

Wir sprachen mit dem Volke in größeren Versammlungen in *Villingen* und *Stockach*, in einer kleineren Versammlung von Männern, welche alle Meinungen unter der Bürgerschaft darstellten, zu *Konstanz*, wir verkehrten unterwegs und bei kurzem Aufenthalte an mehreren Orten mit Bürgern, die sich um uns her zusammenfanden.

Und nach allem, was wir gehört und gesehen, sind wir den Bewohnern des Seekreises in ihrer überwiegenden Mehrzahl (!) das Zeugnis einer edlen, ja bewundernswerten Haltung schuldig. Tief ergriffen von der großen Freiheitsbewegung dieser Tage haben sie dieselbe durch *keine Verletzung des Privateigentums* oder der Person beflecken lassen.

*Obgleich die nämlichen Klassen der Gesellschaft, gegen welche in andern Landesteilen Ausbrüche der Rohheit stattfanden, auch im Seekreise zahlreich vorhanden und Gegenstand schwerer Klage sind, haben die wackern Bürger es für eine Ehrensache gehalten, daß denselben kein Leid zugefügt werde.*¹

Falsch waren die Gerüchte, als ob der Seekreis *Lostrennung von Deutschland und Anschluß an die Schweiz oder die Gründung einer badischen Winkelrepublik anstrebe*.

Wahr ist, daß einzelne den Gedanken hegten, Baden könne, wie in anderem, so auch mit dem Beispiel der Republik dem übrigen Deutschland vorangehen. Von der besten Wirkung wird ohne Zweifel die Ernennung unseres Freundes *Peter* zum Vorstand der Verwaltungsbehörde des Seekreises jetzt schon gewesen sein. . . .

Er muß aber auch in die Lage versetzt sein, für die *Nahrungs- und Erwerbsverhältnisse* der Bewohner möglichst schnell nachholen zu können, was nur zu lange versäumt worden ist.

Eines Vorfalles in *Engen*, der uns als ein Flecken an der Ehre der Bewohner leid tut, erwähne ich nur, um Ihnen zu sagen, daß demselben durchaus keine Bedeutung beizulegen ist. Meinem Freunde und Reisegefährten überlasse ich, wenn er es angemessen findet, das Nähere mitzuteilen. Die Rohheit

¹ Daß diese Worte Karl Mathys über das loyale Verhältnis der Einwohner des Seekreises zu der jüdischen Bevölkerung keine Beschwichtigungsphrase, sondern sachlich begründet war, beweist in großartiger Weise eine Veröffentlichung des *Gailinger Synagogenrats* vom 24. März 1848:

„Die gegenwärtig bewegte Zeit, in der sich die Gefühle des einzelnen, sowie der Gesamtheit ohne Scheu in Wort und Werken äußern, ist am geeignetsten, die wahren Charaktere der Menschen kennen zu lernen. Der Habsüchtige, Ungerechte wird sich in seiner Abscheulichkeit darstellen, so wie sich der Uneigennützte, Gerechte, wahrhaft deutsche Mann, in seiner Redlichkeit, Reinheit und Uneigennützigkeit in schönstem Glanze darstellen wird.

Von letzterem rühmlichen Charakter liefert unsere hiesige liebe Christengemeinde ein schönes Beispiel!

In Frieden und Eintracht mit dasiger Israelitengemeinde lebend, sorgt der humane, einsichtsvolle Gemeinderat, in Verbindung mit dem Synagogenrate für die Ruhe und Sicherheit der Einwohnerschaft, so wie der vielgeliebte philanthrope Ortsgeistliche aus voller Kraft durch Wort und Werk, die Herzen der Einwohner immer mehr und mehr zu vereinigen sucht, so daß das Konfessionelle durchaus im bürgerlichen Leben nicht mehr hindernd im Wege steht.

Das edle Wirken unserer geistlichen und bürgerlichen Ortsvorgesetzten, so wie der ganzen Christengemeinde, verdient also alle öffentliche Anerkennung. Möge dieses schöne Beispiel den Beweis liefern, wie wenig Religionsverschiedenheit dem gegenseitigen guten Benehmen hinderlich sei, wenn die Herzen es gegenseitig aufrichtig meinen.

– Wie fein, wie lieblich ist es, wenn in Eintracht Brüder leben – Psalm 133, V. 1.“

der Beteiligten steht im Seekreise als seltene und vereinzelte Ausnahme da.“

Auch was Karl Mathy der Regierung berichtete, war gewissermaßen eine politische Fernaufnahme. Mathy nahm das, was er sah und hörte, wovon man ihm so oder so berichtete und was er nur am Rande mitbekommen konnte, nur summa summarum. Er konnte gar nicht anders, und keiner hätte anders können.

Den Mathyschen Globalerkenntnissen stehen nun die sehr kleinen und bescheidenen Einzelfakten gegenüber. Sie bestätigen da und dort, aber sie widersprechen auch und setzen neue Akzente.

Die Jahre 1847 und 1848 waren Jahre großer und bedeutender Volksversammlungen. Die Versammlung, die am 12. März 1848 in *Hegne* stattgefunden hat, findet in der Literatur kaum Erwähnung; und dennoch ist gerade sie für die Aufhellung der Fragen, die wir uns gestellt haben, von der größten Bedeutung.

Die „Seeblätter“ berichten am 13. März 1848 darüber so:

„Die gestrige Volksversammlung in *Hegne*, welche nur die Bewohner der schmalen Landzunge von Konstanz bis Radolfzell, ausschließlich der Bewohner der letzteren Stadt vereinigen konnte, war demungeachtet von mehr als zweitausend Männern besucht und faßte folgende Beschlüsse:

- 1) Die allgemeine sofortige *Volksbewaffnung*, sei es mit Schiessgewehren oder Sensen.
- 2) Bildung von *politischen Komitees* in jeder Gemeinde, welche mit dem Hauptkomitee in Konstanz sich in Verbindung setzen werden.
- 3) Mit Gut und Blut einzustehen für die Erringung der *Bürger- und Menschenrechte*.
- 4) Gewärtig zu sein, so wie der Ruf zu den Waffen ertönt, die *deutsche Republik proklamiert* und eine provisorische Regierung eingesetzt ist, sogleich zu erscheinen.
- 5) Diese Beschlüsse sogleich durch ihre *Namensunterschrift* zu bekräftigen.“

Wohl war seit dem 1. März das Pressegesetz vom 28. Dezember 1831 wieder in Wirksamkeit gesetzt und damit die oft sehr willkürlichen Maßnahmen der Zensur beseitigt; aber gerade dieses so „liberale“ Gesetz von 1831 hatte doch auch den Untertitel „Gesetz über die Polizei der Presse und die Bestrafung der Pressevergehen“ – und das sagt doch, daß bei der Gefährdung der Staatsform alle Mittel des Rechts gegen den angewandt werden, der sich als intellektueller Urheber eines *Umsturzes* ausweist. In dem Bericht steht ganz klar: die Republik steht vor der Tür. Es ist nur eine Frage der Zeit und der Umstände, die Tür zur neuen Zeit zu öffnen. Aber niemand wagte es, in den bewegten Tagen des März 1848 den Maßstab des „Gesetzes über die Polizei der Presse“ an die Artikel jener Tage anzulegen.

Unter wesentlich andern Aspekten sieht der „Tagesherold“ die Hegner Versammlung. Kein Wunder, denn der „Tagesherold“ war ein staatlich abhängiges Blatt; er hatte als ständige Beilage das amtliche „Verordnungsblatt“.

Und dieser „Tagesherold“ schrieb:

„Konstanz, 13. März 48. Gestern fand in *Hegne* (Schloß am Untersee, zwei Stunden von hier) eine weitere Volksversammlung statt, welche größtenteils von *Bauern* besucht war.

Dieselben wurden auf eine fabelhafte Weise harangiert. (= mit treffenden Reden gut bedacht)

Unter anderm, was wir des Anstandes halber verschweigen, wurde aufge-

fordert, *keine Steuern mehr zu bezahlen* und die Bewaffnung zu beschleunigen; sich indessen ruhig zu verhalten, bis man zu den Waffen rufe, dann werde die Republik proklamiert. *Es hat alles, natürlich mit Berücksichtigung der verschiedenen Zeit, eine überraschende Ähnlichkeit mit den Zeiten des Bauernkrieges.*

Fast in den nämlichen Gegenden ging es damals los, und alle übrigen Nebenumstände gleichen sich auf das Haar.“

Die *Aufforderung zum Steuerstreik* war keine Erfindung der Bauernversammlung von Hegne. Seit Jahr und Tag wies die radikale Presse, vor allem der „Deutsche Zuschauer“ des Gustav Struve und die „Seeblätter“ des Josef Fickler, auf diese Möglichkeit des politischen Kampfes hin.

Dort, in der Presse, konnte diese gefährliche Demonstration unbeanstandet stehen bleiben. Kein Zensor nahm Anstand daran. Wie tragisch aber dieses Wort in dem Munde eines Landbürgermeisters des Bodanrücks werden sollte, werden wir noch sehen.

Am 14. März 48 sitzen Gemeinderat und Bürgerausschuß von *Allmannsdorf* erregt beisammen. Als unsichtbare, aber sehr spürbare Gäste sind Angst und Entsetzen unter ihnen. In allen Häusern und auf allen Straßen spricht man davon, die Revolutionäre von Allmannsdorf hätten etwas Furchtbares vor. Wer der Urheber des Gerüchts war und wie es das ganze Dorf erfaßte, war nicht zu klären. Da aber das Gerücht schon bis „in die Stadt“ gedrungen war und weil sowohl die Seekreisregierung als auch das Bezirksamt unterrichtet waren, mußte etwas Entscheidendes geschehen.

Auch zu jener Zeit und in Allmannsdorf wußte man, daß eine gemeindeamtliche Erklärung ein gutes Mittel zur Beruhigung erregter Gemüter ist.

Und so sah das gemeinsame Werk aus:

„*Aufforderung.* Es hat sich seit einigen Tagen das ruchlose Gerücht verbreitet, als wollte eine Rotte Allmannsdorfer Bürger nächtlicherweise in das ehemalige *Klostergebäude Petershausen* dringen, dasselbe in Brand stecken und sodann bei dieser Gelegenheit in demselben selbst, sowohl wie bei benachbarten Privaten, bei denen sich eine reiche Beute hoffen läßt, *zu rauben, plündern und stehlen.*

Diese alle Grenzen übersteigende Lüge ist für die Bürgerschaft Allmannsdorfs in vielfacher Beziehung kein kleines, was sich, ohnehin in der gegenwärtigen Zeitperiode wohl denken läßt. . . .“

Die Gerüchte-Psychose hat die Bürger von Allmannsdorf schwer mitgenommen. Sie wissen wohl, daß Bürgermeister, Gemeinderat und Bürgerausschuß eine offizielle Erklärung an die Presse abgeben werden. Aber das genügt ihnen nicht. Viele drängen darauf, daß auch von den Bürgern, die kein gemeindliches Ehrenamt haben, eine Erklärung abgeben wird. Der Adlerwirt Schrof(f) macht sich zu ihrem Sprecher:

„Es ist hier und in der Umgegend — besonders in Konstanz — das Gerücht verbreitet worden, als seien in unserer Gemeinde Komplotte zum Umsturz der bestehenden Ordnung, zur Störung der persönlichen Sicherheit und des Eigentums gebildet worden.

Wir haben dieses Gerücht mit Entrüstung vernommen und erklären, daß von unserer Gemeinde, von unsern Bürgern und Einwohnern durchaus keine Gefährdung der persönlichen Sicherheit und des Eigentums zu fürchten ist und versichern im Gegenteil, daß die größte Zahl der hiesigen Bürger bereit ist,

das Nötige zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung nach allen Kräften beizutragen. Deshalb bitten wir, im Falle diese Verleumdung ferner vorkommen sollte, dem Unterzeichneten Anzeige darüber zu geben.

Allmannsdorf, 13 März 1848

Aus Auftrag mehrerer Bürger: Adlerwirt Schrof“

In einer Zeit, in der Einsicht und Lebensgefühl nach neuen Werten und Formen verlangen, kommen nicht nur Größe und Erhabenheit in Erscheinung, sondern vielfach auch alles Ungute, zu dem der Mensch nun mal veranlagt ist.

So hatte auch *Bürgermeister Sättele* von *Wollmatingen* nach der Versammlung von Hegne viel Ärger und Verdruß. Auch er mußte sich gegen Gerüchte verwalten. Sie waren allerdings wesentlich anderer Art als die von Allmannsdorf.

Sättele gab im „*Tagesherold*“ folgende Erklärung ab:

„Es geht das Gerücht: als habe sich der Unterzeichnete über die unterm 12. d. M. in Hegne abgehaltene Volksversammlung wörtlich geäußert:

„Bei dieser Versammlung sei kein einziger rechtlicher Mann anwesend gewesen.“ Diesem Gerüchte liegt die planmäßige Absicht zu Grunde, mich und meine politische Richtung zu verdächtigen. Entfernt habe ich je daran gedacht, so etwas auch nur zu denken, geschweige zu sagen, da ich wohl vom Gegenteil überzeugt bin. Ich erkläre deshalb das ausgestreute Gerücht als eine infame Lüge. Meine politische Richtung, welcher ich stets treu geblieben bin, ist längst bekannt, und ich darf daher über den misslungenen Versuch ruhig hinweggehen.

Wollmatingen, den 16. März 1848

Sättele, Bürgermeister“

Daß es Bürgermeister Sättele von Wollmatingen sehr ernst war um die Republik und Revolution und daß seine Mitbürger auch politisch mit ihm gingen, hat Prälat Dr. B. Bauer, der frühere kath. Ortsgeistliche, in seinem Buche „*Vom Bodensee*“ (Oberbadische Verlagsanstalt Konstanz, 1925) klar dargestellt:

„Mit diesen (50 Konstanzer) Freiwilligen zog *Hecker* tags darauf ab und sammelte unterwegs neue Anhänger unter seiner Fahne.

Von *Wollmatingen* gesellten sich zu ihm, von Pfarrer *Dirhold* und Lehrer *Sättele* begeistert, etwa 50 Mann, eine ganze Kompanie, wovon die einen mit Gewehren und Säbeln, die andern mit dem „alten polnischen Spiess“, der aufrecht stehenden Sense, bewaffnet waren.

Auch zwei Kanonen, welche bei kirchlichen Feiern und am Geburtstagsfeste des Grossherzogs Verwendung fanden, nahmen sie mit.“

Die Beteiligung der Wollmatinger an der ersten Volkserhebung ist in den alten Familien immer noch recht lebendig. So erzählt man sich auch heute noch, daß Lehrer und Bürgermeister Sättele, der in seiner Begeisterung für den revolutionären Elan seiner Gesinnungsfreunde all seine Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenstände weggegeben hatte, nun selbst nichts mehr zu eigen hatte. Um zu seinem Heckerhut, seiner Revolutionsbluse und Langschäftern doch noch etwas zu besitzen, was der nunmehr auf 100 Mann angestiegenen Revolutionsarmee zum Endsieg verhelfen könne, eilte er — so erzählt man — kurzerhand in die Kirche und entnahm der dort stehenden Petrus-Statue das stählerne Schwert. Das stählerne Schwert des streitbaren Apostels ging in den revolutionären Wirren unter. Und seitdem muß sich der Wollmatinger Petrus mit einem bescheidenen Holzsword begnügen.

Weit entfernt von dieser doch recht biedermeierischen Petruschwert-Affäre, weit hineinreichend in die schweren Kämpfe religiöser und weltanschaulicher Art der Zeit, ein wehes Spiegelbild der mannigfachen Irrungen und Wirrungen gerade der Mitte des 19. Jahrhunderts und verknüpft mit allen Zeichen menschlicher Tragik ist das, was die „Konstanzer Zeitung“ – und seltsamerweise nur sie allein – am 24. Mai 1848 aus Wollmatingen mitteilt:

Wollmatingen, 27 (?) Mai – (Eingesandt)

Der vielfach ausgesprochenen Bitte um Reformen innerhalb der katholischen Kirche wurde heute dahier auf eine eigenthümliche Weise geantwortet. Nachdem unser verehrter und beliebter, als ein Verkünder der wahren Christus-Religion anerkannter Pfarrer *Dirhold* seine vom Geiste christlicher Liebe athmende Predigt gehalten hatte, in welcher er mit dem gewöhnlichen wohlklingenden tief zu Gemüth führenden Worte besonders den Freudentag schilderte, an dem das Band brüderlicher Einigkeit alle Menschen werde vereinen, gemäß dem Ausspruch des Herrn: „Es wird eine Herde und ein Hirt sein“; und nachdem der Sonntags-Gottesdienst in gewohnter würdiger Weise geendet war, drang Herr Pfarrer und Kämmerer *Bachmann* in die Kirche und verlas von der Kanzel herab, nach einem etwas süßlich tönenden Eingang der erstaunten Gemeinde ein *Suspensdekret* gegen den frühern Herrn Pfarrer *Dirhold*, nach welchem derselbe vorderhand keine priesterlichen Verrichtungen vornehmen dürfte, weil er eine *allgemeine Beichte* vorgenommen habe. So viel wir wissen, wurde dieser würdige Mann auf Denunziation hin, ohne über den Hergang der Sache einvernommen worden zu sein, verurteilt, das Urtheil demselben auch nicht vorerst privatim (wie doch human und der gesetzlichen Vorschrift gemäß gewesen wäre) mitgetheilt.

Die durch solch schnödes Verfahren hervorgerufene Aufregung in der Kirchengemeinde wußte der Angeschuldigte alsbald zu beschwichtigen, indem er, auf das Bildnis des gekreuzigten Wahrheitsfreundes deutend, seine Gemeinde mit herzlichen Worten zum Frieden und zur Unterwerfung unter die obrigkeitlichen Befehle ermahnte.

Da die Gemeinde *Wollmatingen*, welche mit dem bisherigen segensreichen Wirken ihres Herrn Pfarrers ganz zufrieden ist, die nötigen Schritte zur alsbaldigen Aufhebung der verhängten Suspension einleitet, so dürfen wir hoffen, daß die von unserm Herrn Pfarrer geschehene Berufung an den grossh. bad. Oberkirchenrat von dem besten Erfolg sein wird.

Es drängt uns, die Frage aufzustellen: „Würden jene christlichen Priester, welche die Dunkelheit mehr lieben, als das Licht, nicht auch heute wieder, hätten sie die Macht in ihren Händen, Scheiterhaufen anzünden?“

In den 120 Jahren, die uns von den drei badischen Volkserhebungen trennen, ist viel von dem vergessen worden, was sich tatsächlich ereignet hat, in welchem Maße und in welcher Art die einzelnen Menschen an den Geschehnissen, an den Erfolgen und an dem Leid, das all dem folgte, teil hatten und welche Konsequenzen sich für die unmittelbar und mittelbar Betroffenen ergaben.

Wie Hecker, Struve und Sigel das Problem lösten, ist bekannt. Und wer auf den Friedhöfen zu Freiburg und Mannheim den Tod durch Erschießen erlitt, fand ehren- des Gedenken in der Literatur zur Revolution.

Aber über den vielen, die nur so am Rande dabei waren, und dennoch mit aller Härte getroffen wurden, ist völliges Vergessen gebreitet.

Zu diesen Männern, die ohne große politische Ambitionen dabei waren und die nur aus ihrem sorgenschweren Lebenskreis heraus demonstrierten, deren Mittun im Grunde nur ein Appell an das Gewissen der Öffentlichkeit war, zählte *Bürgermeister Karl Romer aus Litzelstetten*.

Die Tragödie des Mannes Karl Romer schildert ein Bericht der „Konstanzer Zeitung“ vom 16. August 1848:

„Konstanz, 15. August 1848. Nachstehender Brief des in Bruchsal wegen politischen Vergehens verhafteten *Bürgermeisters Romer von Litzelstetten* ist uns zur Aufnahme zugekommen, welche Gesuche wir aus freundnachbarlichen Rücksichten hiemit entsprechen:

Mitbürger! Nachdem ich nun 108 Tage in hiesigem Zuchthaus auf die Entscheidung über mein Los umsonst gewartet, glaube ich, euch Mitbürgern ein Lebenszeichen dadurch geben zu müssen, daß ich über das gegen mich von der Regierung eingeschlagene Verfahren einigen Aufschluß erteile.

Bis jetzt bin ich nur einmal verhört worden, ich habe auch das Ansuchen gestellt, mich gegen Kautions zu entlassen oder doch wenigstens nach Konstanz zu verbringen, um nur meine Familie einmal zu sehen und das nötigste über meine Landwirtschaft reden zu können, aber alles blieb umsonst. Ich hätte nicht geglaubt, dadurch, daß ich, wie noch tausende meiner Landsleute, gegen eine Maßregel der Regierung, welche besonders hart uns hochbesteuerte Bürger treffen mußte, erhoben habe, der Unglücklichste aller Unglücklichen zu werden. Ich habe mich jedoch, Mitbürger, der Hoffnung, ich möchte wohl sagen der Überzeugung hingegeben, Ihr werdet meiner Familie die Hand bieten. Glaubt sicher, meine acht Kinder werden, wann sie in ihr reifes Alter kommen, wo sie beurteilen können, daß ihr Vater ihnen gewaltsam entzogen wurde, und sie dann die Hilfe der Mitbürger erhalten haben, dieses zu würdigen wissen werden.

Ich glaube, unsern Herrn Pfarrer und Lehrer, welchen die Erziehung der Kinder besonders am Herzen liegt, und hierin nichts zu wünschen übrig lassen, werden mir nicht ungütig nehmen, wenn ich sie bitte, sie möchten den Meinigen ein besonderes Augenmerk zuwenden und denselben ihre Vaterhand bieten.

Bruchsal, 7. August 1848

Euer Mitbürger Karl Romer von Litzelstetten.“

Bürgermeister Karl Romer war um den 22. April 1848 in Haft genommen worden. Das war unmittelbar nach den Ereignissen von Konstanz, d. h. nach dem Beginn der ersten Volkserhebung mit Hecker, Struve und Sigel, aber vor dem Zusammenbruch dieser versuchten Revolution und vor der Verkündung des Kriegszustandes und des sehr einschneidenden Gesetzes „Die Vergütung der bei Aufruhr stattgehabten Beschädigungen des öffentlichen oder Privateigentums betr.“

Man muß auch hier daran erinnern, daß nicht nur die großen Anführer der Aufstände mit dem Tode oder schwerem Kerker bestraft worden sind, sondern auch Männer, die zumindest in den entscheidendsten Phasen mit Tatkraft und Entschlossenheit die Revolution und die Proklamation der Republik zu verhindern suchten, von der Regierung schwer angegangen worden sind. Das sprechendste Beispiel hierfür ist das tragische Schicksal des Konstanzer Bürgermeisters Karl *Hüetlin*. Er war es doch, der im Verein mit dem Dekan Dominikus *Kuenzer*, dem Obergerichtsadvokaten *Vanotti*, dem Obergerichtsadvokaten *Würth* und andern durchaus liberalen Bürgern

in den kritischen Tagen des April 1848 die abenteuerlichen Vorhaben der *Hecker*, *Struve* und *Mögling* in Konstanz zu verhindern suchte. Allein seine persönliche Verbundenheit mit dem Regierungsdirektor *Peter* und seine bedingungslose Bereitschaft, diesem Manne beizustehen, als die Bauern des Bodanrück ihn am 17. April 1848 nötigten, das Amt des Statthalters anzunehmen, genügten, ihn später, als die Regierung wieder Herr der Lage geworden war, aus dem Amte eines Bürgermeisters von Konstanz zu entfernen.

Außer *Karl Romer* von Litzelstetten kamen Bürgermeister *Schwerter*, Notar *Kratzer* und Löwenwirt *Rumpelhardt* — alle drei aus Allensbach — nach dem Zusammenbruch der ersten Volkserhebung in Haft. Doch keiner wurde durch die Strafmaßnahmen nach der ersten Volkserhebung so unerbittlich getroffen wie gerade *Karl Romer*. *Romer* und seine eben genannten Gesinnungsfreunde aus Allensbach konnten deshalb von der Strafverfolgung erfaßt werden, weil sie, im Gefühle ihrer Schuldlosigkeit zu Hause geblieben waren und es ablehnten, ins nahe Ausland zu fliehen. Viele andere wählten den andern Weg. — — —

Am 3. Mai 1848 fahndet das Großh. Bad. Bezirksamt Konstanz nach dem Branntweinhändler *Niklaus Sauter* aus Allensbach „der Teilnahme am Verbrechen des Hochverrats angeschuldigt, insbesondere soll er einer der Anführer derjenigen gewesen sein, welche den Eilwagen in Allensbach bewaffnet angehalten, durchsucht, Postsachen geöffnet und unterschlagen haben . . .“

Am 8. Mai 1848 veröffentlicht wiederum das Großh. Bad. Bezirksamt Konstanz 38 (achtunddreißig) *Steckbriefe*. Unter den Flüchtlingen sind Männer der Konstanzer Elite, wie der Obergerichtsadvokat *Ignaz Vanotti*, der Obergerichtsadvokat *Ludwig Stephani*, der praktische Arzt *Eduard Vanotti*, der Literat *Karl Kaiser* und der Kommissionär *Nepomuk Katzenmayer*.

Aber es waren auch Männer der „Provinz“ darunter, so ein *Konrad Felber* von Öhningen, ein Student *Max Eicheler* von Bodman und ein Lehramtspraktikant *Bonifaz Maier* aus Riedheim.

Das ganz besondere Interesse des Großh. Bad. Bezirksamts Konstanz galt offensichtlich dem *Mathias Mahlbacher* aus Allensbach. Am 17. Mai 1848 heißt es in einer „Aufforderung“: *Math. Mahlbacher* von Allensbach ist am Freitag, den 14. v. M., mit dem Heckerschen Freischarenzuge ausmarschiert und hat seither keine Nachricht mehr von sich gegeben, auch ist seinen Kameraden, die mitgezogen sind, sein gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt. — Bitte keine Aufregung wegen dem revolutionären *Mathias*. Schon eine Woche später teilt das Groß. Bad. Bezirksamt Konstanz mit: Konstanz: (Den Aufruhr im Seekreis betr.) Nachdem *Mathias Mahlbacher* von Allensbach nach Hause zurückgekehrt ist und dahier einvernommen wurde, nehmen wir unser Fahndungsschreiben vom 17. d. M., Nr. 10 038, zurück.

Mathias Mahlbacher aus Allensbach beschäftigt aber noch weiterhin die Behörden. Am 3. November 1848 veröffentlicht das Großh. allgemeine Untersuchungsgericht — nicht mehr das Bezirksamt — folgende „Aufforderung“: „*Mathias Mahlbacher* aus Allensbach, welcher der Teilnahme an den hochverräterischen Unternehmungen angeschuldigt ist, hat sich von Hause entfernt, und ist dessen gegenwärtiger Aufenthalt nicht bekannt, weshalb derselbe andurch aufgefordert wird, sich zur Fortsetzung der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung zu stellen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werde. Zugleich werden die Polizei- und Gerichtsbehörden ersucht, auf den Angeschuldigten, dessen Signalement schon früher bekannt gemacht worden ist, fahnden und im Betretungsfalle hierher liefern zu lassen. —“

Mit dieser „Aufforderung“ verabschiedet sich Mathias Mahlbacher von den amtlichen Blättern des Seekreises (Anzeigeblatt, Verkündungsblatt und Verordnungsblatt). Ob er trotz aller Gefahren wieder heimkehrte oder, wie so viele, das Wagnis der Auswanderung auf sich nahm, erkennt man aus den zitierten Blättern nicht.

Das Schicksal der drei bedeutendsten Allensbacher Männer aus den Revolutionsjahren 1848 und 1849 – des Bürgermeisters *Schwerter*, des Löwenwirts *Rumpelhardt* und des Notars *Kratzer* – soll in einem gesonderten Beitrag ausführlicher behandelt werden. Aufgrund eines sehr umfangreichen und gerade auf Allensbach konzentrierten Aktenmaterials des Generallandesarchivs konnte nunmehr der entscheidende Einfluß dieser drei Persönlichkeiten auf die politische Zielsetzung und den Ablauf der ersten badischen (Konstanzer) Volkserhebung – mit Heckerzug und der Einsetzung Peters als Statthalter der „Republik Konstanz“ – festgestellt werden. Die Dokumente des GLA zeigen eindeutig, daß Allensbach neben Konstanz, Stockach und Engen ein Mittelpunkt der revolutionären Bewegung gewesen ist.

Gemessen an der Größe und Tragik eines Ignaz Rumpelhardt und an dem Leid und der Bitternis jener Jahre liest sich das, was am 4. April 1848 in der „Konstanzer Zeitung“ über *Allensbach* berichtet wurde, fast wie ein Idyll aus dem Wandsbecker Boten oder wie der literarische Vorwurf zu einem Bildchen von Ludwig Richter.

„Konstanz, 1. April. Wie sehr überall die Begeisterung für Freiheit und Vaterland sich kund gibt, und wie die Landgemeinden mit den Städten wetteifern, diese Begeisterung zu unterhalten und zu befestigen, entnehmen wir aus einer Schilderung, welche uns dieser Tage aus dem Dorfe *Allensbach* zugekommen ist und welche wir, dem Ersuchen des Einsenders gemäß, in den folgenden Zeilen mitteilen:

Bürger und Bürgersöhne übten sich diesen Nachmittag (19. März) unter Leitung des *Bürgermeisters Schwerter* in den Waffen, um, wenn nötig, den Forderungen dieser ernsten Zeit Nachdruck geben zu können. –

Nicht nur Erwachsene nehmen an diesen patriotischen Übungen Antheil, sondern sogar die Schulkinder. Nach dem nachmittäglichen Gottesdienste versammelten sich dieselben im Schulhause, um sich im geordneten Zuge unter *Leitung der beiden Lehrer* auf dem Übungsplatz, rechts an der Chaussee nach Konstanz, zu begeben. Dort angekommen, wurde die dreifarbigte Nationalfahne aufgepflanzt und das Lied „Wir fühlen uns zu jedem Tun entflammt“ gesungen, was seine Wirkung keineswegs verfehlte, indem in manchen Augen Tränen zu sehen waren. Nach beendigter Übungszeit zogen sich Kinder und Bewaffnete in das Dorf zurück. – jene die Nationalfahne schwingend und Vaterlandslieder singend, voran; diese in wohlgeordnetem Zuge sich hochfreud hinterher.

Auf dem geräumigen Platze bei dem Schulhause stellten sich Kinder und Soldaten auf. Hierauf ergriff *Hauptlehrer Anselm Roth* das Wort und brachte auf die biedern und braven Bürger von Allensbach, die der Freiheit und dem Fortschritte huldigen, ein „Hoch“ aus, was mit donnerndem Beifall erwidert wurde. *Unterlehrer Xaver Buchegger* brachte hierauf den Bürgern, welche den Mut hätten, für die gesetzliche Freiheit die Waffen zu ergreifen, ebenfalls ein „Hoch“, und die Kinder stimmten ihm durch dreimaliges Vivatrufen bei. *Hauptmann Kaufmann Meister* ließ nicht ermangeln, für die ihm und seinen Leuten erwiesene Ehre, ein Lebehoch auf die braven Lehrer und ihre wohl-

gebildeten Zöglinge auszubringen und die bewaffneten Bürger stimmten vivat-rufend bei.

Der ganze Akt war dem Ernste der Zeit vollkommen angemessen; jeder Anwesende verließ tief gerührt den Ort.

Wo Einigkeit herrscht, da muß sich das Ganze wohlgestalten.

Dank unsern Ortsvorstehern, die sich um die Organisierung und Leitung der Wehrmannschaft sehr verdient gemacht. Dank solchen Lehrern, die es verstanden, ihren Schülern den Ernst der Zeit schon frühzeitig ans Herz zu legen. Dank der sämtlichen Wehrmannschaft, die's nicht ermangeln lassen wird, für Erringung der gesetzlichen Freiheit die Waffen zu ergreifen."

Auch das kleine und bescheidene *Freudental*, fast verborgen hinter den Drumlins des Bodanrücks, hatte seinen Achtundvierziger. Er wird uns bekannt durch eine „Aufforderung“ des *Großh. allg. Untersuchungsgerichts zu Konstanz*. Am 3. November 48 läßt sich das Gericht so hören: „*Alois Kenzler* von *Freudenthal* ist angeschuldigt, an den im April d. J. stattgefundenen hochverräterischen Unternehmungen Theil genommen zu haben und soll sich gegenwärtig auf der Wanderschaft befinden. — Derselbe wird nun andurch aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier einzufinden, und über die ihm zur Last gelegten Verbrechen zu verantworten, widrigenfalls gegen ihn nach Lage der Akten erkannt werden würde. — Zugleich werden die Behörden ersucht, den Angeschuldigten im Betretungsfalle hieher zu weisen. —“

In welchem Maße sich die Bewohner der Insel Reichenau an der Revolution von 1848/49 beteiligt haben, welche Rolle dabei der Bürgermeister *Melchior Honsell* spielte und wie vor allem die Jugend sich in Gegensatz zu den Honoratioren stellte, wurde schon in dem Beitrag „Die Halbinsel Höri und die Insel Reichenau in den Jahren 1848 und 1849“ umrissen. (Hegau-Heft 1/2 — Jahrgang 1967 — Seite 53 ff).

Inzwischen sind dem Verfasser weitere Hinweise auf die Reichenauer Beteiligung an der Revolution von 1848/49 bekannt geworden. Sie werden hier angefügt, weil sie zeigen, wie vielfältig die politischen Schichtungen auf der Insel waren und wie spannungsreich das gemeindebürgerliche Leben in der kritischen Zeit der Volkserhebungen gewesen sein muß. — — —

In seinem Buche „Vom Kloster ins akademische Lehramt“ schreibt der einer alten Reichenauer Familie entstammende Universitätsprofessor und Geh. Regierungsrat *Gideon Spicker*, zeitlich weit ab von den Ereignissen und ganz aus dem Urteil des gealterten Mannes:

„So haben mir einzelne Vorkommnisse einen unauslöschlichen Abscheu einge-flößt, vor allem, was Revolution und Anarchie heißt. Z. B. erinnere ich mich noch sehr lebhaft, wie im „Hirschen“, dem Elternhaus meiner Mutter, über Mittag mein Taufpate, sein Bruder, ihr künftiger Schwager, die Lederschürzen zerschnitten, geräuchertes Fleisch darein wickelten, eine blaue Bluse anzogen, einen seitlich aufgekrempelten und mit einer Kokarde versehenen Schlapphut aufsetzten und mit andern Bürgersöhnen vor dem Rathause sich aufstellten. Lange dauerte es, bis endlich zum Abmarsch geblasen wurde. An der Landungsstelle stand ein großes Schiff bereit, die Mannschaft aufzunehmen. Fast bis zum Rand beladen, entfernte es sich langsam vom Ufer; die Insaßen schwenkten die Fahnen, die Zurückgebliebenen mit den Taschentüchern, wobei manche heiße Träne über die Wangen der Mütter, Schwestern und Bräute herabperlten. In *Allensbach* angekommen, fand sich eine Gegenorder vor, und so kehrten die tapferen Söhne mit Freuden unter allerlei Scherzen zurück.“

Wenig später fährt Spicker mißbilligend und so gar nicht enthusiastisch fort: „Die Reichenauer hielten fest an der bestehenden Ordnung, obgleich die *Geistlichkeit* und der damalige *Arzt*, wie ältere Männer heute noch erzählen, von Haus zu Haus gingen, um die Bürger für die Republik zu gewinnen. Im *Pfarrhofe zu Oberzell* wurde sogar einer der Hauptwühler — Nepomuk Katzenmayer von Konstanz — verborgen gehalten, nur um seine Gefangennehmung zu hintertreiben. —“

Der von Gideon Spicker erwähnte *Pfarrer Maier von Oberzell* scheint tatsächlich in den unruhigen Jahren 1848 und 1849 — wie so viele seiner Amtskollegen — sehr stark engagiert gewesen zu sein.

Leider geht aus dem uns bekannt gewordenen Aktenmaterial des Generallandesarchivs Karlsruhe nicht klar genug hervor, aus welchen Gründen Pfarrer Maier die gefährliche Bühne der Tagespolitik beschritt und was ihn eigentlich zu einem Opponenten seines „Establishments“ gemacht hatte.

Ebenso wenig läßt sich eindeutig feststellen, mit welchem politischen Konzept er gerade in die hochdramatischen Tage des April 1848 — in die Tage des Heckeraufbruches, des Allensbacher Rütlichswurs, des Bauernzuges nach Konstanz und die „unter physischem und psychischem Druck erfolgte Einsetzung Peters als Statthalter“ — gegangen war.

Man darf nur hoffen, daß der Zufall — der auch dem Verfasser dieser Studie zu Hilfe kam — später einmal eine Aufhellung von Mensch und Charakter, Wollen Wirken dieses zweifelsohne interessanten Mannes und Politikers ermöglicht.

In einer Niederschrift des Ministeriums des Innern vom 24. Okt. 1848 — „Die Untersuchung gegen den vormaligen Regierungsdirektor Peter in Konstanz wegen Hochverrats betr.“ — (GLA Karlsruhe 76/5822) ist eine Aussage von Pfarrer Maier so festgehalten:

„Pfarrer *Maier* gibt hierüber folgendes an: Er sei am 17. April 1848, mittags, zum Statthalter *Peter* in das Hechtswirtshaus gegangen, habe ihm vorgestellt, daß die Gemeinde *Reichenau*, weil sie sich *an der politischen Bewegung nicht beteiligt* habe, bedroht sei überfallen zu werden und ihn gebeten, *Maßnahmen zu ihrem Schutz* zu ergreifen.

Peter habe darauf bemerkt, daß die (Aussagen) der Zeugen mehr Wirtshausgespräche sein werden und (daß) von keiner Realisierung die Rede sein werde. Da es allgemein geheißen, daß am andern Tage auch das zweite Aufgebot ausrücken müsse, so habe er aus Befürchtung, daß ihre Gemeinde gefährdet werden kann, den *Peter* gebeten, daß das erste Aufgebot von *Reichenau* ausziehen müsse.

Hierauf habe ihm *Peter* geantwortet, daß er keinen *Befehl* gebe, eher lasse er sich totschießen, denn er sei überzeugt, daß diese Leute (die Freischärler) in ihr Verderben rennen, da das bayrische und das württembergische Militär im Anzuge sei. Auf sein wiederholtes Bitten (!) habe ihm *Peter* nun die obige Urkunde ausgestellt.“

Das Dekret, das Statthalter *Peter* am Nachmittag des 17. April 1848 dem Sekretär von Rechthaler diktierte und dem Pfarrer *Maier* von *Oberzell* aushändigen ließ, hatte nun folgenden Inhalt:

„Der Statthalter im Seekreis

Konstanz, den 17. April 1848

„Dem Herrn Pfarrer von Oberzell wird andurch zur Beruhigung der Gemeinde Reichenau beurkundet, daß dem patriotischen Eifer der Bürger mittelst Ausmarsches im Dienste der Freiheit von hier aus kein Hindernis in den Weg gelegt werde und daß die Großh. Kreisregierung durch die Gewalt der Umstände zu existieren aufgehört habe.
gez. P e t e r“

Pfarrer Maier hatte nun von höchstamtlicher Seite die Erlaubnis, ein Kontingent revolutionärer Reichenauer den Zügen Heckers und Struves nachzuschicken.

Was aber auf der Insel tatsächlich geschah, können wir einigermaßen aus dem Protokoll lesen, das nach der Vernehmung des Bürgermeisters Melchior *Honsell* durch den Großh. Bezirksamtmann *Fingando*, den Vorsitzenden des gegen die Revolutionäre eingesetzten Großh. Untersuchungsgerichts, am 20. Juli 1848 gefertigt wurde:

„Unter Hinweis auf den abgelegten Eid gibt sodann Bürgermeister Honsell an: Pfarrer Maier zu Oberzell hat, so viel ich mich zu erinnern glaube, am 18. April mir ein offenes Schreiben des Statthalters Peter mit dem Bemerken behündigt, daß er am 17. (April 1848) aus Neugierde (!) nach Konstanz gegangen, daß er in Konstanz deshalb, weil die Reichenauer sich bei der Absetzung der Kreisregierung nicht beteiligt, drohende Äußerungen vernommen habe, weshalb er sich veranlaßt gefunden, bei Peter um Schutz für die Reichenau zu bitten, worauf ihm Peter das Dekret, das er mir bereits zugestellt, eingehändigen ließ.

*Dieses Dekret*² *enthielt gar keinen Sinn*, und ich habe dasselbe mit Unwillen weggelegt. Ich werde wahrscheinlich dies Dekret noch im Original besitzen; und im Falle, daß ich dasselbe auffinde, unverzüglich dem Untersuchungsgericht vorlegen.

Pfarrer Maier ist bei der ganzen Sache unbeteiligt und kann deshalb als verlässiger Zeuge angesehen werden.“ (GLA Karlsruhe 76/5825)

Bürgermeister Honsell hat zweifelsohne mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und im Einvernehmen mit den Honoratioren der Insel alles versucht, seine Bürger von dem Heckerschen Zuge und den sonstigen revolutionären Demonstrationen fernzuhalten.

Gegen ihn standen höchstwahrscheinlich Pfarrer Maier und ein beträchtlicher Teil der Jungbürger.

Daß es aber auch denen nicht so bluternst um die Revolution und um ein opferbereites Eintreten für eine neue Staatsform war, erkennt man unschwer aus der von Spicker geschilderten Seefahrt nach Allensbach. Den Zug vom 13. April hatten die jungen Reichenauer verpaßt; aber auch am 14. April zogen wieder Häuflein gen Stockach und Engen. Niemand hätte ihnen verwehren können, sich diesen Nachzügeln anzuschließen.

² Honsell urteilt hier nicht zu hart. Denn weder das Petersche Dekret vom 17. April 48 noch die späteren Protokolle zeichnen sich durch besondere Logik und Klarheit aus. Aber man muß bedenken, daß Peter das Dekret nach stundenlangen Kämpfen mit den Bauern des Bodanrück und im Zustande völliger körperlicher und geistiger Erschöpfung diktiert hat.

In seinem Buche „Möggingen“ (Verein für Geschichte des Hegaus) gibt Herbert Berner ein umfassendes Bild von der Beteiligung dieser Gemeinde an den politischen Ereignissen der Jahre 1848 und 1849.

Der Grundherr, Freiherr Karl von Bodman-Möggingen, ist selbst in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis und verliert schließlich im Wege der Vollstreckung einen beträchtlichen Teil seiner Habe. Dennoch scheint keine Spannung zwischen ihm und den vielfach von ihm abhängigen Bauern von Möggingen entstanden zu sein. Im Gegenteil: als er hört, daß der republikanisch gesinnte Bürgermeister Ellensohn die Absicht habe, an der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 teilzunehmen, ist er bereit, aus seiner Tasche einen wesentlichen Beitrag zu den recht hohen Reisekosten zu leisten. Dabei war sich Karl von Bodman-Möggingen sicher im klaren darüber, daß die Offenburger Demonstranten vom Staate die völlige Befreiung der Bauern von den Standes- und Grundherren und die Aufhebung aller Sonderleistungen verlangen würden. Dennoch hatte Möggingen seinen besonderen Fall. Es ist der Fall des *Rentmeisters Karl Egger*, des Leiters des 1847 erst geschaffenen Rentamtes des Freiherrn.

Was da in Möggingen geschah, lesen wir in einer „Erwiderung“, die am 29. März 1848 im Anzeigenteil der „Konstanzer Zeitung“ erschienen ist:

„Mit der schamlosesten Frechheit behaupten – wenn ich recht verstanden habe – im Namen mehrerer Bürger und des Grundherrn zu Möggingen die vier Gemeinderäte: Ich habe in den Nachbarorten *über die an meiner Person verübten Exzesse* lügenhafte Mitteilungen gemacht, wodurch sie – der Grundherr und die Gemeindebürger – kompromittiert und „um den letzten Faden von Kredit gebracht werden.“

Was ich dem Bezirksamt, den Komitees von Konstanz und Radolfzell und anderweit über diese schmachvollen Ausfälle auf meine Person mitgeteilt habe, ist reine Wahrheit (von Angriffen auf die Stiftungspapiere habe ich nichts gesagt), und ich zweifle keineswegs, daß die Behörden über diese schmählichen Vorgänge eine Untersuchung führen werden, wodurch dann auch die Quelle der zugestandenen Unordnungen entdeckt werden dürfte.

Den Kampfplatz der Öffentlichkeit werde ich nach gepflogener Untersuchung wieder betreten, dann aber durch aktenmäßige Darstellung der Vorgänge vom 13. d. M. (= Tag der Volksversammlung von Hegne!) beweisen, daß mehr als Dummheit, daß raffinierte Bosheit dazu gehört, einen Schandfleck, wie er denjenigen anklebt, welche bei dem *Überfalle* am 13. d. M., nachts 11 Uhr *auf mich und meine Familie* mitgewirkt haben, auf solche Weise abwälzen zu wollen. Das traurige Geständnis, welches übrigens die vier Gemeinderäte am Schluß ihrer Erklärung ablegten, dürfte wenig geeignet sein, dem Kredit der Gemeindebürger aufzuhelfen.

Einstweilen Gott befohlen!

Möggingen, 26. März 1848

Rentmeister Egger“

* * *

Mehrmals kam es in den Jahren 1848 und 1849 gerade im Hegau zu großen Demonstrationen und heftigen Aufständen. Sehr stark war namentlich der Raum Engen-Altendorf-Volkertshausen-Schlatt u. Kr. an den Erhebungen beteiligt. Nach dem Zusammenbruch des Heckerzuges (April 1848) und nach dem Scheitern des Struve-

putsches (September 1848) kam es auch hier zu Verhaftungen und Verfolgungen. Wer im einzelnen an Ort und Stelle verhaftet wurde, steht (noch) nicht fest; jedoch wissen wir sehr genau, wer durch das großh. badische f. f. Bezirksamt Engen steckbrieflich verfolgt wurde. Es waren dies Postexpeditor Anton *Roth* aus Engen, Pfarrer Ferdinand *Ganter*³ aus Volkertshausen, Kronenwirt *Ganter* aus Altdorf, Handelsmann Albert *Mors* aus Engen und Altbürgermeister *Lueger* aus Engen. — Sie alle hatten sich am Heckerzug beteiligt. — Nach dem Aufruhr vom 24. auf den 25. September 1848 (Struveputsch) — aufgrund dessen der Amtsbezirk Engen in den *Kriegszustand* versetzt wurde — erweiterte sich die Verfolgtenliste um die Namen Konditor Josef *Rebstein* aus Engen, Buchbinder Fidel *Ley* aus Engen, Hermann *Schuler* aus Engen, Bäcker August *Ehrensperger* aus Engen, Tagelöhner Ferdinand *Niedermann* aus Engen, Bauernknecht Johann *Martin* aus Altdorf, Goldarbeiter Josef *Räuble* aus Engen, Dienstknecht Fidel *Engesser* aus Engen und Schneider Josef *Dörflinger* aus Altdorf.

In Nr. 198 der „Seebblätter“ (19. August 1848) veröffentlichte ein selbstverständlich nicht genanntes Mitglied der ersten Verfolgtengruppe einen Bericht, der zu den wertvollsten Dokumentarberichten zur Geschichte der drei badischen Volkserhebungen im allgemeinen, vor allem zur Revolutionsgeschichte unserer näheren Heimat zählt.

Der Unbekannte schrieb:

„Gerade heute sind es vier Monate, daß ich mittags ein Uhr unter klingendem Spiel mit vielen meiner Freunde und Mitbürger von unserer Vaterstadt (Engen) auszog, und den heimatlichen Herd verließ, um vereint mit jenen Männern, welche das Wohl des Vaterlandes durch Gründung einer Republik erstreben wollten, sowohl für uns als unseren Nachkommen eine bessere Zukunft zu erwirken. Was ist uns geworden?

Einzelnen der Tod, den meisten schmachvolle Einkerkerung, Verbannung oder Flucht vom heimatlichen Herd, und wenn unsere Regierung resp. die Mehrheit der Volksvertreter in der Paulskirche zu Frankfurt noch länger nach ihren humanen Grundsätzen forthateln, zuletzt das Verderben aller noch lebenden republikanisch gesinnten Bürger. Nur die Hoffnung bleibt uns.

Schmerzlicher und tiefkränkender aber als alle diese Verfolgungen, die uns durch das monarchische Prinzip auferlegt werden, muß der Gedanke für uns sein, daß es leider in unserer Heimat noch Bürger gibt, die unser Verderben nicht nur mit geheimer Schadenfreude näher und näher heranrücken sehen, sondern selbst aus niederträchtigem Interesse im geheimen hiezu mitwirken. Mit inniger Freude darf und kann ich zwar sagen, daß ich mich erst kürzlich bei einer vorgekommenen Menschenjagd in Engen selbst überzeugte, daß die Mehrheit unserer lieben Mitbürger noch teil an unserem Schicksal nimmt, denn als sich nach so langer und schmerzlicher Trennung von der Heimat einige der Flüchtlinge sich erfrechten, bei Nacht und Nebel auf nur wenige Stunden an ihren heimatlichen Herd zu schleichen, um sich mit ihren Freunden und Familienangehörigen über ihre häuslichen Verhältnisse etc. zu beraten, als unsere Anwesenheit den Polizeischergen verraten wurde und als man auf uns Jagd machte wie auf Mörder und Diebe, da erhob sich trotz dem wohlwollenden Abraten unseres vielbesorgten, friedliebenden Bürgermeisters

³ Pfarrer Ferdinand *Ganter* aus Volkertshausen sollte im Verlaufe der drei badischen Volkserhebungen noch eine sehr große Rolle spielen. Er wurde u. a. stellvertr. Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung 1849.

ein großer Teil der Bürger Engens, um uns — im Falle es jenen Diebhäschern gelingen sollte, einen politischen Flüchtling zu ergreifen — aus ihren Händen und somit von schmähhlicher Einkerkerung zu befreien.

Dank, herzlichen Dank diesen braven Mitbürgern, sie haben uns gezeigt, daß es noch Herzen gibt, die für uns Mitleid fühlen, die anerkennen, daß wir für sie leiden, daß wir für sie unser Wohl, unser Familienglück und unsere bürgerliche Existenz geopfert haben. Die Mehrheit unserer Bürgerschaft hat uns überzeugt, daß es nur einer Anleitung durch den Gemeindevorstand bedürfte, um öffentlich auch ihre Teilnahme an dem Schicksale der politischen Flüchtlinge von Engen zu bezeigen und dadurch ihre Lage zu lindern, wie dies in den meisten Gemeinden des See- und Oberrheinkreises geschah.

Allein gerade der Gemeinderat und insbesondere das Bürgermeisteramt Engen, welchem am meisten am Wohle und an der Erhaltung der einzelnen Familien gelegen sein sollte, tun nichts! —

Fast aus allen Gemeinden des badischen Landes, selbst aus solchen, die keine Flüchtlinge unter ihren Bürgern zählen, wurden Petitionen mit zahlreichen Unterschriften bei der Nationalversammlung und der badischen Regierung um Amnestie eingereicht. Von Engen aus ist nichts geschehen!

Schon mehrere Gemeinden haben an die Behörden die Erklärung abgegeben, daß ihre verbannten und eingekerkerten Mitbürger bei der republikanischen Bewegung lediglich im Sinne der Mehrheit der Bürgerschaft gehandelt, da sie ja von der Stimmenmehrheit in die Komitees gewählt, also nicht bloß einzelne für die ganze Gemeinde verfolgt werden können.

In Engen ist nichts geschehen! In den meisten Gemeinden wurden unter Anordnung und Mitwirkung des Gemeinderates Beiträge zur Unterstützung der Flüchtlinge gesammelt. In Engen geschah zwar eine derartige Sammlung, allein gutgesinnte Bürger übernahmen solche ohne Zutun des Gemeinderates, denn derselbe hielt sich nicht für verpflichtet, eine solche Mühe zu übernehmen.

Einzelne Gemeinden, namentlich Konstanz und Möskirch (Meßkirch) haben rühmlichst einstimmig den Beschluß gefaßt, für ihre gefangenen Mitbürger Fickler und Emmert Kaution zu leisten, damit sie bis zur rechtskräftigen Entscheidung ihrer Sache auf freien Fuß gestellt werden sollen.

In Engen ist nichts geschehen. Ich frage nun, was ist überhaupt in unserer Gemeinde zur Erleichterung unseres Schicksals geschehen? — Nichts! —

Ja, ich darf offen und frei vor der Welt bekennen: es ist nicht nur nichts zu unserer Erleichterung geschehen, sondern wir sollen sicherem Vernehmen nach bei den Voruntersuchungen durch manche Aussagen einzelner, um andern herauszuhelfen, noch mehr graviert sein.

Die Auslagen, welche einzelne von uns als Kassier und Komiteemitglied für die Gemeinde bestritten, worüber wir längst Rechnung abgelegt, werden uns unter Vorschützung leerer Ausflüchte verweigert.

Mit Einquartierungen in vollstem Maße wurden wir seit unserer Abwesenheit auch nicht einen Tag verschont, obwohl uns beim Abzuge der Freischaren vom Gemeinderate und Bürgermeisteramte die bestimmteste Zusicherung gegeben wurde, daß wir während unserer Abwesenheit keine Einquartierung erhalten sollen. Doch trotz all der Nichtachtung unserer Verhältnisse lebe ich getröstet und froh in der freien Schweiz, seit ich mich überzeugt habe, daß die Mehrheit der Bürgerschaft noch gut für uns gesinnt ist, und daß die Mißachtung oder — gelinde gesagt — die

Nichtberücksichtigung unserer Lage bloß von jenen herrührt, die entweder aus wohlbedächtlicher Lethargie, oder um ihr eigenes Interesse zu fordern, sich um das Wohl oder Wehe einzelner Mitbürger nichts kümmern.

Unter die letzteren zähle ich zunächst den Mann mit den vielen Ämtern und Gewerben zu Engen. Ich meine den Bürgermeister, Stiftungsvorstand, Agent der badischen Feuerversicherungsanstalt, Agent des badischen Rekrutenvereins, ehevoriger Stadtkommandant, Gastgeber zur „Krone“, Eisenhändler, Holzhändler, Großuhrenmacher, Kommissionär einer Bleiche und Vertreter noch vieler anderer Stellen, die mir nicht alle bekannt.

Kein Wunder auch, daß man bei so vielen Geschäften, die meistens für das allgemeine Wohl betrieben werden, wovon die Ausgabsbelege der Gemeinderrechnungen zu Engen während der letzten sechs Jahre treffliche Beweise liefern, die Sorge für das Wohl einzelner flüchtigen und eingekerkerten Mitbürger, die ja ohnedies nur aufrührerische republikanische Schreier sind, außer acht läßt.“

Diesem sehr ernstesten und trotz seiner Polemik gegen Bürgermeister und Gemeinderat recht würdevollen, menschlich bedeutsamen und dokumentarisch zuverlässigen Bericht des unbekanntenen Engener Flüchtlings setzen wir einen Artikel aus der Feder des schreibbesessenen Propagandisten *Fidel Gantert* aus *Schlatt u. Kr.* gegenüber, vor allem um zu zeigen, wie vielfältig die Methoden und Formen des Kampfes waren und welch seltsame Äußerungen die in Spannung geratenen Menschen — je nach Beruf, sozialer Zugehörigkeit und Bildungsgrad — gefunden haben.

Dieser Fidel Gantert, der sich an einer andern Stelle (Seeblätter 1849, S. 126) Bürger von Birkendorf, Mitglied des Höhgauer Märzvereins und Herausgeber der unterdrückten „*Landhechel*“⁴ nennt, war ein unruhiger, polemischer und schreibwütiger Mensch. Er versorgte die radikale Presse — die „*Republik*“ in Heidelberg und die „*Seeblätter*“ in Konstanz mit Sicherheit, möglicherweise aber auch die „*Mannheimer Abendzeitung*“, den „*Deutschen Zuschauer*“ in Mannheim und die Freiburger „*Oberrheinische Zeitung*“ mit Artikeln über das politische Geschehen im Hegau. Am liebsten bandelte er mit dem und jenem an. Wehe, wenn sich einer seiner Gegner eine Schwäche gab. Fidel Gantert spießte ihn erbarmungslos an seiner spitzen Feder auf. So etwa den Ortsgeistlichen von Mühlhausen, der die Vornamen Gustav, Friedrich, Robert für das siebte Kind Fidel Ganterts ihres revolutionären Anklangs wegen nicht anerkennen wollte. (Seebl. 1849, S. 110)

Doch nun zur Erklärung Fidel Ganterts vom 26. Oktober 1848:

„Nachdem ich mein heutiges Tagewerk damit beschlossen, daß ich einen zur Verfolgung ausgeschriebenen deutschen Republikaner in Sicherheit brachte, trieb mich auf der Heimreise noch die Neugierde ins hiesige (= Singener) Kronenwirthshaus, um aus der frisch angekommenen Zeitung zu erfahren, was die Wiener Brüder machen, wobei ich mir ein Glas Suser vorsetzen ließ. An meinem Tische saßen noch mehrere sehr achtbare Herren und Bürger, hinter meinem Rücken an einem andern Tisch aber der Amtsbote Böhler, der Steuergardist Körner und der Gendarm Krieger.

Ein Plakat an der Stubentüre wonach die Verpfleger der Reichstruppen statt mit barem Gelde mit Quittungen, die seinerzeit in besondern Reichsverhandlungen liquidiert werden sollen, bezahlt werden, erregte schon während des Tages Anstoß

⁴ Die Zeitung oder Zeitschrift „*Landhechel*“ — die in zeitungsgeschichtlichen Arbeiten als „verschollen“ gilt —, ist höchstwahrscheinlich nie erschienen. Fidel Ganter hatte wohl eine klare Konzeption für dieses (geplante) Blatt, hatte die erste Nummer auch schon im Konzept ausgearbeitet, scheiterte aber an den zeitbedingten Schwierigkeiten. (Seeblätter 1849: S. 70/71 und 126).

und Besinnen mehrerer Bürger, die sich deswegen Erläuterung von mir erbateten über dieses sonderbare Reichspapiergeschäft.

Dem bezeichneten Kleeblatte hinter meinem Rücken schien meine Anwesenheit eine willkommene, um die längst genährte Galle gegen mich einmal auszuleeren; was sofort auch in einer Flut der größten Schmähungen und unter unzarten Handgriffen an mir geschah; insbesondere als die übrigen Bürger und Herren sich von dem angehobenen Spektakel fort und davon machten. Es ist von Interesse, die einzelnen Vorwürfe, welche mir die genannten drei im Gemisch der härtesten Beschimpfungen, wovon mir einige, z. B. „Struvescher Spitzbub“ noch sehr wohl gefielen, kennen zu lernen.

Böhler, Amtsbote und Exequent in einer Person, bezeugte mir schon längst sein Mißfallen darüber, daß ich ihm keine Zustellungsbatzen mehr bezahle, und mir doch erlaube, mitunter und sogar in seiner Gegenwart ganz ungeniert einen Schoppen Suser zu trinken und mit jedem Schluck die Republik hoch leben zu lassen, welche sicherlich die Treibjagd auf die Batzen aus dem Bürgerbeutel schon am ersten Tage abschaffen wird. Ich war sogar so frei, dem Herrn Böhler den Wunsch mitzuteilen, es möchte gleich mir niemand mehr die überspannte Zustellungsgebühr von 4 kr. bezahlen können und wollen, wo dann die Batzenpressanstalt und manche andere grundverderbliche Anstalt von sich selber aufhören und an deren Stelle eine weisere, dem Volke segenbringende kommen werde; wohin insbesondere auch die unentgeltliche Rechtsprechung statt des bisherigen Justizmarktes unter andern gehört. (!)

Weit entfernt aber, dieses zu begreifen und dabei zu erwägen, daß wenn selbst — wie Se. Exzellenz der Herr Staatsrat Bekk jüngst in der Kammer offen erklärte — der deutsche Reichsbeutel leer ist und man zur papierenen Zahlung seine Zuflucht nimmt, es dem einzelnen Reichsbürger ebenfalls nicht zu verargen sei, wenn auch ihm die Batzen ausgehen, ergoß sich der Herr Amtsbote in einer Flut so starker Schmähungen gegen mich, wie sie noch schwerlich ein Menschenohr gehört, und in ihrer Stärke sogar eine Art Lächerlichkeit gewannen und meinen Humor zur Geduld stimmten, wo sonst ich mich ja ohne weiteres aus dieser dumpfen Atmosphäre hätte entfernen können.

Ich glaube übrigens schwerlich, daß der neue Herr Oberamtmann den Amtsboten Böhler zu einem solchen Betragen auf dem Botengange ermächtigt haben werde.

Nun komme ich an den Gardisten Körner, wie früher im Amtsbezirke Stockach so auch in diesem mit der weitern Auszeichnung männiglich bekannt, daß er — risum teneatis amici (verheb's Lachen, wenn kannst! F. G.) der heftigste, aber auch der ungefährlichste Gegenfüßler von Hecker ist, an dem er auch keinen guten Fleck gelassen hat.

Dieser kann es nicht verbeißen, daß ich, von der Monarchie ausgesogener und furchtbar malträtiertes Mann, auch zur ferneren Sportelzahlung keinen guten Willen mehr im Beutel haben soll und statt ihm — mir selber den Suser bezahle, wenn ich einige Kreuzer erübrigen kann, um einen Schoppen zu kaufen. Daß ich dabei noch so ein „Spitzbubenrepublikaner“ bin nach Körners schmeichelhafter Ausdrucksweise und daß ich noch die Frechheit habe, mich öffentlich, sogar vor ihm und ihm zum Trotze einen Republikaner zu nennen, das übersteigt freilich auch den stärksten Begriff von Verbrechen, ohne den Verbrecher packen zu können.

Wie mochtest du mich auch noch, guter Alter, fragen, in welchen Stücken ich gefährlich sei, nachdem ich dir meine Verbrechen, daß ich Republikaner sei, so aufrichtig ins Gesicht geschleudert habe? — Ich wiederhole es dir nochmals, daß ich in

gewissem Sinne gefährlich, ja weit gefährlicher als mein Bruder bin, weil in dessen Gesichtskreis die Politik keineswegs gehört, und er doch als politischer Verbrecher – aber unschuldig – seiner Familie und seines Geschäftes beraubt, schon in der vierten Woche im Kerker schmachtet.

In dem Stücke, Herr Gardist, um doch Ihre Neugierde in etwas zu befriedigen, bin ich z. B. auch gefährlich, daß ich in eine so plump gelegte Falle, wie die Ihrige nicht tappe.

Auch von Ihrer vorgesetzten Behörde mag ich nicht glauben, daß sie Ihnen Vollmacht zu einer solchen Aufführung erteilt habe.

Singen, 26. Oktober 1848

Fidel G a n t e r t "

Wohin das Leben die großen Anführer der Revolution, die Hecker, Struve, Sigel und manch andern führte, ist recht bekannt, was die Zeitungsschreiber wie Josef Fickler, Johann Nepomuk Letour und Karl Engeter hinter den düsteren Mauern der Zucht- und Arbeitshäuser erleiden mußten, wurde auch immer wieder beschrieben, aber wie hoffnungslos und traurig das Schicksal der „Mitzügler“ war, wurde im Grunde wenig beachtet.

Die Kleinen wurden so hart angepackt wie die Großen. Aber während die Anführer praktische Erfahrung mit den Gerichten hatten – viele von ihnen waren Anwälte –, über nützliche Beziehungen verfügten und außerdem ausreichende Geldmittel hatten, waren die Kleinen vielfach hilflos und damit allen Willküren der Zeit ausgeliefert. Ein sprechendes Beispiel für das Verlorensein gab der Litzelstettener Bürgermeister Karl Romer; ähnlich wie Romer erging es dem Meersburger Hauptlehrer Bickel.

Die Leiden des Meersburger Pädagogen schildern die „Seeblätter“ vom 5. September 1848 so:

„Der Hauptlehrer H. *Bickel* wird in Meersburg nun schon über 130 Tage in Verhaft gehalten wegen Teilnahme am Freischarenzuge, ohne verhört zu werden. Er war weder Anstifter, noch Anführer, nicht Mitglied des Komitees, das einen Anschluß zum Zuzuge beschloß, hat dabei kein besonderes Verbrechen begangen und auch niemanden zum Anschluß aufgefordert. Er wäre somit nach der Verordnung vom 8. Mai nicht einmal zu verhaften gewesen. Seine einfache Teilnahme am Zuge beschwert ihn nicht mehr als andere, die bereits entlassen sind oder garnicht verhaftet wurden, und dennoch wird er so strenge in Verwahrsam gehalten, als wenn an seine Freiheit Himmel und Hölle verloren gingen. Warum er mehr beschwert sein soll als die eben Bemerkten, das sagt man ihm nicht und eben so nicht, warum sein Verhaft so dringend notwendig sei. Seine Kinder, im Alter von sieben bis acht Jahren, die ihren Vater nach langer Abwesenheit wieder einmal sehen und besuchen wollten und um Erlaubnis dazu weinend flehten, wurden fortgejagt und mit Gendarmen transportiert. Seine Frau, die in dringenden Familienangelegenheiten mit ihm reden wollte, wurde abgewiesen und mit Gendarmen verfolgt. Gegen seine Schwester – von den Amtleuten nur das Ludermensch genannt, weil sie einen Auftrag des Gefangenen, den er ihr vom Gefängnisfenster an seinen ehemaligen Hauptmann Katzenmayer gab, ausrichtete – wurde förmliche Ortssperre angelegt; als endlich durch eine Spülkübelholerin die Nachricht von dem Heranrücken dieser Schwester in die Küche der Frau Amtmännin gelangte, wurden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um ihrer habhaft zu werden. Hoch oben vom Küchenfenster herab rekognisierte die Gestrenge mit dem berüchtigten Klatschweib, vor

dem Tore hielt ein Rechtsgelehrter die Wache und innerhalb der Unterstadt waren zwei Gendarmen aufgestellt. Da aber die Gefürchtete nicht kam, so mußte diese merkwürdige Nobelgarde un verrichteter Sache wieder abziehen. — Der Verhaftete darf keine Zeitung lesen und bekommt nur alle 24 Stunden etwas Warmes, weil er die schlechte Morgensuppe nicht essen kann. Die Musterherren vom Amtsmuster zu Meersburg sagen: das alles sei ganz recht; der Gefangene aber behauptet, ihm geschehe sehr unrecht. Wer hat nun recht?! —“